

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Berlin, den 24. Oktober 2017

seit Jahrzehnten nehmen in Deutschland soziale Ungleichheit und Unsicherheit zu. Zu beobachten ist eine soziale Spaltung in der Gesellschaft, die nicht zuletzt zum Erstarken der rechtsnationalistischen Kräfte bei der Bundestagswahl 2017 geführt hat. Als Bündnis von mehr als 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen betrachten wir diese Entwicklung mit großer Sorge.

Millionen Menschen in Deutschland sind von Erwerbslosigkeit oder Armut trotz Arbeit betroffen. Die Einkommen der Beschäftigten sind weit hinter der Entwicklung der Gewinne zurückgeblieben, viele Alleinerziehende, Kinder, Menschen mit Behinderung, Zugewanderte und andere Gruppen geraten immer mehr ins Abseits. Wir brauchen dringend öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen und Pflege, Kultur, Arbeitsmarktintegration. Die Rechte der Beschäftigten müssen gestärkt, bezahlbare Wohnungen geschaffen, eine nachhaltige und preiswerte Energieversorgung gesichert sowie die soziale Absicherung aller Menschen in Deutschland gewährleistet werden.

Ihre Parteien haben versprochen, unterschiedlichste soziale Themen zu ihrem Schwerpunkt zu machen. Der Gradmesser für die Zukunft dieses Sozialstaates jedoch ist die Steuer- und Haushaltspolitik. Die soziale Handlungsfähigkeit des Staates entscheidet sich letztlich auf der Einnahmenseite. Wenn der Staat seinen sozialstaatlichen Verpflichtungen nachkommen soll und insbesondere in vielen Kommunen nicht weiter auf Verschleiß fahren will, braucht es zusätzliche Einnahmen.

Wir halten daher eine Neuausrichtung der Steuer- und Finanzpolitik zur solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens für unumgänglich. Was wir dringend benötigen ist eine Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaftsteuer, die diesen Namen verdient. Sehr hohe Einkommen müssen wieder stärker besteuert und Kapitalerträge dürfen nicht privilegiert werden. Zudem müssen Steuerbetrug schärfer bekämpft und Steuerschlupflöcher geschlossen werden.

Wir appellieren an Sie, der Frage einer auskömmlichen und solidarischen Finanzierung unseres Sozialstaats in den laufenden Verhandlungen angemessene Rechnung zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen
für das Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“



Dr. Ulrich Schneider
Der Paritätische Gesamtverband

Gleichlautendes Schreiben geht an Herrn Horst Seehofer, Herrn Christian Lindner, Herrn Cem Özdemir, Frau Simone Peter, Frau Katrin Göring-Eckardt, Herrn Anton Hofreiter. Wir erlauben uns wegen des allgemeinen Interesses den Brief auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

TRÄGERKREIS: Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. • Attac Deutschland • AWO Bundesverband e.V. • Bundesjugendwerk der AWO (BuJW) • Bundesverband Deutsche Tafel e.V. • Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (NEMO) e.V. • Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. • Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. • BUNDjugend • Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband • Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V. • Deutscher Mieterbund e.V. (DMB) • DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.) • Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation • Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) • Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V. • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) • Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten • Institut Solidarische Moderne • Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. • Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) • Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen e.V. • Nationale Armutskonferenz (nak) • NaturFreunde Deutschlands e.V. • Netzwerk Steuergerechtigkeit • OWUS Dachverband e.V. • Oxfam Deutschland • Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken • Sozialverband Deutschland (SoVD) • Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di • Volkssolidarität Bundesverband e.V. • WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. • Zukunftsforum Familie e.V.